

Eduard Erhart. Die beiden genannten Herren sind mit der Oberleitung betraut.

Obersteina. (Standesamtliche Nachrichten.) In das hiesige Standesamts-Register wurden im Jahre 1927 17 Geburten, davon 11 Knaben und 6 Mädchen, eingetragen, Eheschließungen kamen 15 und Sterbefälle 12 zur Eintragung.

Großröhrsdorf. (Feueralarm) erkante Montag Abend gegen 1/12 Uhr durch den Ort. In dem Anbau des dem Fabrikarbeiter Bruno Meißner gehörigen Hause, Südstraße 318, war Feuer ausgebrochen, das durch den heftigen Sturwind angefaßt, rasend schnell um sich griff, auf das Wohnhaus sich ausbreitete und das gesamte Gebäude trotz schneller Hilfe, in Asche legte. Durch die strenge Kälte froren die Spritzen ein und mußte das Wasser durch die Hydranten zugeführt werden. Das Haus war von zwei Familien dem Besitzer und dem Fabrikarbeiter Richard Anders, bewohnt. Vom Mobilar, Wäsche, Kleidungsstücke und Wirtschaftssachen konnte nur wenig gerettet werden. Durch einen vom Dache stürzenden Dachziegel zog sich Herr Branddirektor Schöne am Kopfe eine 5 Zentimeter große, heftig blutende Wunde zu, die vom hinzugezogenen Arzt genäht werden mußte, zu Bedenken jedoch keinen Anlaß gibt. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Kamenz. (Anzeigenerstattung.) Nach dem Gendarmerie-Monatsbericht sind von der Gendarmerie der Amtshauptmannschaft Kamenz im Dezember 522 Anzeigen erstattet worden. Diese verteilen sich auf nachstehende Fälle: 2 Beleidigungen, 1 Kindesötung, 34 Diebstähle und 3 Unterschlagungen, 20 Betrugsfälle, 1 Sachbeschädigung, 3 Brandstiftungen, 1 Jagdvergehen, 3 grober Unfug und Ruhstörung, 1 Tierquälerei, 1 Betteln und Landstreichen, 62 strafenpolizeiliche Uebertretungen, 6 gewerbepolizeiliche Uebertretungen, 25 Verletzungen sonstiger Strafbestimmungen, 13 Ausschreibungen in Fahndungsblättern, 18 Nachtragsanzeigen, 331 sonstige Anzeigen. Festgenommen wurden 8 Personen. Von Diebstählen kamen 5 schwere und 26 einfache zur Anzeige. — Im Jahre 1927 wurden insgesamt 9244 Anzeigen erstattet. Festgenommen wurden 133 Personen. Es kamen im ganzen Jahre 147 schwere und 359 einfache Diebstähle zur Anzeige. Brände kamen 59 vor, wovon allein 14 auf vorfällige, sowie 23 auf fahrlässige Brandstiftungen und 9 auf Blitzschlag zurückzuführen sind. Unglücksfälle kamen 25 und Selbstmorde 16 vor.

Kamenz. (Stand der Tierseuchen.) Der amtliche Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Tierseuchen in Sachsen am 31. Dezember d. J. verzeichnet für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz: Ansteckende Blutarut der Einhufer in 4 Gemeinden und 4 Gehöften, sowie Faulbrut der Bienen in 1 Gemeinde und 1 Gehöft.

Kamenz. (Eine männliche Leiche) wurde am Mittwoch morgen gegen 8 Uhr auf der Wiese in der Nähe der Bahnüberführung vor der Roten Mühle in Lüdersdorf gefunden. In dem Töten ermittelte die Gendarmerie den 1874 in Bilschheim geborenen und daselbst wohnhaften Steinarbeiter Emil Neßke. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird ersucht, sachdienliche Wahrnehmungen über den Aufenthalt des Gefundenen während der Zeit von 1—2,45 Uhr und 3—5 Uhr am Dienstag nachmittag sowie von 7 Uhr ab der Kriminalstelle bei der Amtshauptmannschaft in Kamenz zu melden.

Baugen. (Ein tödlicher Motorradunfall) ereignete sich auf dem Wege Crostwitz—Panschwitz am Dorfausgange von Crostwitz. Der Arbeiter Schmidt aus Horfa überholte in scharfem Tempo einen anderen Motorradfahrer und fuhr infolge Ausbleitens des Rades mit voller Wucht gegen einen Straßenbaum. Er wurde vom Rade geschleudert und sofort getötet.

Löbau. (Einweisung des neuen Amtshauptmanns.) Am Dienstag erfolgte in Löbau vor versammeltem Bezirkstag, Bezirksausschuß, Spitzen der Behörden und der Beamtenschaft durch Kreishauptmann Dr. Richter aus Baugen die Einweisung des neuen Amtshauptmanns Oberregierungsrat Dr. von Burgsdorf, Sohn des früheren Kreishauptmanns von Burgsdorf in Leipzig. Der bisherige Amtshauptmann von Löbau, Dr. Kunze, ist nach Dresden als stellvertretender Kreishauptmann versetzt worden.

Dresden. (Familienzuwachs im ehemaligen Königsbau.) Die zweite Tochter des ehemaligen Königs, Prinzessin Maria Alix, vermählt mit dem Prinzen Franz Joseph von Hohenzollern, ist von einer Tochter entbunden worden. Der Ehe sind bereits zwei Söhne entsprossen.

Dresden. (Nachschlüssel-diebe an der Albert.) In den Nachmittagsstunden haben vermutlich auswärtige Nachschlüssel-diebe in Dresden eine Gastrolle gegeben. Sie sind auf dem Bischofswege, der Elbasser- und Gneisenaustraße in Wohnräume eingedrungen, haben alle Behältnisse durchwühlt und mitgenommen, was ihnen wertvoll erschien. U. a. sind den Dieben zwei goldene Trauringe, gez. K. S. und E. B., mehrere andere Fingerlinge, eine echte Wachsperle, ein goldenes Armband und eine silberne Armbanduhr mit Kette in die Hände gefallen. Als Täter kommen drei gutgekleidete Unbekannte in Frage, von denen der eine etwa 30 Jahre alt und 1,75 Meter groß ist.

Leipzig. (Direktor Brüggemann will nach Köln.) Der Leipziger Operndirektor Walter Brüggemann wird für den Intendantenposten der Kölner Oper als Nachfolger des wegen hohen Alters auscheidenden Generalintendanten Hofrats Rémond neben Förth-Berlin, Turnau-Breslau, Ehrhardt-Dresden und Troda-Büch in die engere Wahl gezogen.

Borna. (Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.) Die Stadtverordneten nahmen die Ratssvorlage über die Neufestsetzung der Wertzuwachssteuer, die 4000 Mark erbringen soll, an und genehmigten die Auszahlung eines weiteren Monatsvorschusses an die städtischen Beamten. Sie er-

kärten sich mit der Errichtung eines Stadtbades, zu dem das Stadtbauamt die Pläne vorlegte, einverstanden; die Frage der Kostenaufbringung in Höhe von 125 000 Mark wird mit dem jetzigen Pächter des Hedwigbades geregelt werden. Stadtverordneter Günther trat aus dem Kollegium aus und in den Stadtrat ein; für ihn kommt Wilhelm in das Kollegium. Stadtrat Hoppe, der nach 25jähriger Tätigkeit in den städtischen Körperschaften sein Amt niederlegte, erhielt die Ermächtigung zur Weiterführung seines Titels als Stadtrat; Bürgermeister Dr. Lange überreichte ihm die Urkunde hierzu.

Zhonnhausen b. Krimmitschau. (Raufhandel mit Todesfolge.) Zwei landwirtschaftliche Arbeiter aus Westfalen, namens Schrade und Gerward, wurden von der Strafkammer des Landgerichts Altenburg unter Bestätigung des Urteils der ersten Instanz zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sie waren an einer Schlägerei im Gasthof Zhonnhausen beteiligt und haben nach Auffassung des Gerichts den Tod des 21 Jahre alten Gutsbesitzersohnes Wagner aus Gößau verschuldet. Das erst kürzlich gefundene Messer Schrades paßte in die Stichöffnung des Schädels des getöteten Wagner. Man hat indes Raufhandel angenommen, nicht Körperverletzung mit Todesfolge.

Bodenbach. (Das Spiel mit dem Revolver.) Der 21jährige Zolleleve Karl Söllberger aus Wittingau hantierte in der Zollrevisionshalle in Bodenbach unvorsichtig mit dem Dienstrevolver eines Kollegen. Da knallte ein Schuß und eine Kugel drang Söllberger in den Kopf. Er wurde in lebensgefährlich verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung.

Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung am Dienstag, den 17. Januar, stehen die zweite Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge betr. die Zollerhöhung der Lebensmittel, weiter die Anträge, die den Bau von Eisenbahnlinien von Leipzig nach Merseburg und von Dorf nach Hof fordern, sowie die Anfragen wegen der Beschlagnahmen des ersten Dezemberblattes der Grund- und Hausbesitzerzeitung für Sachsen.

Personalveränderungen in der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Sachsen, Freiherr von Bernwitz, ist in die Kreishauptmannschaft Dresden berufen worden. Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Sachsen wurde Oberregierungsrat Dr. Borchmann ernannt, zum zweiten Stellvertreter Oberregierungsrat Buntzsch. In die Landesversicherungsanstalt wurde als Oberregierungsrat der frühere Wirtschaftsminister Hermann Müller berufen, während Oberregierungsrat Dr. Müller von der Landesversicherungsanstalt in das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium berufen und an das Oberversicherungsamt Dresden abgeordnet wurde.

Warnung vor Falschgeld.

Das Landeskriminalamt gibt bekannt: Noch immer werden außer Kurs gesehte Reichsbanknoten, Rentenbank- und Darlehnskassenscheine verschiedener Werte sowie Einmarkstücke der Vorkriegszeit in betrügerischer Absicht als untauschfähiges Geld in Verkehr gesetzt. Vor Annahme derartigen Geldes wird gewarnt und darauf hingewiesen, daß sich wesentliche Voraussetzungen außer Kurs gesehten Geldes des Betruges schuldig und strafbar machen.

Sühne für Kaiserslautern.

Frankreich entschuldigt sich. Berlin. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die französische Regierung auf eine deutsche Anfrage wegen des Zwischenfalles in Kaiserslautern geantwortet, daß die Beschuldigung gegen den französischen Offizier, der einen Deutschen geohrfeigt hatte, zutrifft. Die französische Regierung hat eine Untersuchung des Falles zugelassen.

Auch der Zwischenfall in Zweibrücken, wo 15 Offiziere das Bismarckdenkmal verunreinigt hatten, gibt die französische Regierung zu. Sie hat sich bei der deutschen Regierung deswegen entschuldigt und die Bestrafung der Täter zugesagt.

Ein Befehl an die französische Besatzungsarmee.

Der Verkehr mit der Zivilbevölkerung soll weniger freundlich gehalten sein. Mainz. Die in letzter Zeit sich häufig wiederholenden Uebergriffe französischer Offiziere im besetzten Gebiet scheinen ihren tieferen Grund in einer Verfügung der Armeeführung an die Truppenteile zu haben, die geradezu zu Ausschreitungen herausfordert.

An die einzelnen Kommandos ist eine Instruktion ergangen, nach der der Verkehr zwischen Besatzungstruppen und Bevölkerung in seinen Formen weniger freundlich und nachsichtig werden müsse. Es wird beanstandet, daß das Verhältnis zur Zivilbevölkerung nicht militärisch genug sei und gefordert, daß besonders die Offiziere sich jeder Vertraulichkeit zu enthalten und im Verkehr mit der Zivilbevölkerung eine größere Straffheit zu zeigen hätten.

Diese Instruktion glaubt man dahin auswerten zu müssen, daß man sich der Zivilbevölkerung gegenüber provokierend benimmt. Besonders ist bei den jüngeren Offizieren eine sehr aggressive Haltung zu beobachten.

Ehrhardt löst den „Wiking“ in Thüringen auf.

Kapitän Ehrhardt hat von München aus, wo er sich zurzeit aufhält, Anweisung für die Auflösung des „Wiking-Bundes“ in Thüringen, wo er bisher nicht verboten war, gegeben. Diese Auflösung soll schon längere Zeit, und zwar noch vor der vor mehr als 14 Tagen erfolgten Hausung im Büro Ehrhardts, beschlossen und lediglich durch diese Aktion verzögert worden sein. Der von Ehrhardt selbst stammende Auflösungsentscheidungsbescheid wurde bei der Durchsichtung seines Büros beschlagnahmt und befindet sich jetzt zusammen mit sonstigen Schriftstücken bei dem von der Abteilung I A in Berlin sichergestellten Material. Gleichzeitig mit dem Auflösungs-

befehl hat Ehrhardt an das Thüringische Innenministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er von dieser seiner Maßnahme Kenntnis gibt.

Bedenkliche Entvölkerung Ostpreußens

Verstärkte Siedlungstätigkeit notwendig.

Wenn sich auch nicht vertennen läßt, daß das Reich und Preußen dem isolierten Ostpreußen jetzt etwas mehr Beachtung und Unterstützung zukommen lassen, so sollte der Umstand, daß die Entvölkerung dieser wichtigsten deutschen Grenzprovinzen stetig zunimmt, den amtlichen Stellen zu denken geben.

Die zunehmende Entvölkerung der Provinz drückt sich ziffernmäßig in der Tatsache aus, daß in den Jahren von 1919 bis 1923 allein 150 000 Menschen aus Ostpreußen ausgewandert sind, und daß in dieser Zeit der Geburtenzuwachs, der noch von 1907 bis 1919 die Ziffer von 65 000 erreicht hatte, nur noch 12 000 betrug. Diese Zahlen bedeuten, daß im Laufe eines Jahrzehnts eine Entvölkerung Ostpreußens um 10 Prozent

vor sich geht, und hier in dieser Schwächung der wirtschaftlichen und auch der Verteidigungskraft des Landes liegt eine Bedrohung der ostpreußischen Zukunft, vor der man nicht die Augen verschließen darf.

Unverständlich ist es, daß die an und für sich nur sehr zaudernd betriebene Siedlungstätigkeit gerade Ostpreußen ganz besonders stiefmütterlich behandelt, daß hier in den fünf Jahren von 1919 bis 1925 nur etwa 2500 Neusiedlungen geschaffen worden sind.

Neuer Schritt der Westmächte in Kowno.

Litauen soll auf Aufröhlung der Wilna-Frage verzichten.

Warschau. Der französische und der englische Gesandte in Kowno haben eine geheime Intervention bei der litauischen Regierung unternommen und Woldemaras in kategorischer Form darauf hingewiesen, daß es im eigenen Interesse Litauens liegen müsse, unverzüglich die Verhandlungen mit Polen auf der in Genf geschaffenen Grundlage zu beginnen.

Dieser Schritt bedeutet angesichts der letzten Erklärung der beiden Westmächte, daß Litauen gezwungen werden soll, auf die Aufröhlung der Wilnafrage zu verzichten und nur über die von den Genfer Mächten gewünschten Punkte zu verhandeln.

Weitere Autonomistenverfolgung im Elsaß.

Pastor Hirschel entflohen.

Paris. Der Druckereibesitzer René Gauß, der Sohn des früheren deutschen Unterstaatssekretärs Gauß, ist in Straßburg im Zusammenhang mit den Autonomistenverhaftungen verhaftet worden und wurde in das Straßburger Gefängnis eingeliefert. Von dort soll er in den nächsten Tagen nach Mülhausen übergeführt werden.

Dem Pastor Hirschel, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl vorlag, ist es gelungen, nach einer aufregenden Verfolgung sich auf deutsches Gebiet zu flüchten. Hirschel wird als einer der bedeutendsten Führer der Autonomistenbewegung betrachtet und war einer der Gründer der „Zukunft“, wo seine Schwester, Fräulein Hirschel, ebenfalls beschäftigt war.

Die französischen Ausschreitungen in Zweibrücken.

Was gedenkt die Besatzungsbehörde mit den Ruhestörern zu tun?

Landau. Die nunmehr vorliegenden amtlichen Feststellungen über die von etwa zwanzig französischen Offizieren begangenen Ausschreitungen in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember v. J. bestätigen die bisher veröffentlichten Mitteilungen in vollem Umfange. Die Vorgänge sind von mehreren deutschen Polizeibeamten, die aber gemäß dem Rheinlandabkommen gegen Offiziere nicht einschreiten dürfen, sowie auch von deutschen Zivilpersonen beobachtet worden, deren Aussagen zum Teil auch unter Eid festgelegt worden sind.

Die Ruhestörer wurden zunächst auf der Herzogbrücke von zwei deutschen Polizeibeamten betroffen, als sie laut johlten und auf einer Kindertruppe bliesen. Dann rissen sie eine Warnungstafel ab und zogen hierauf zum Bismarck-Denkmal, wo sie über die Umzäunung stiegen und das Denkmal beschädigten. Außerdem haben sie dann mit Flaschen gegen das Denkmal geworfen. Einer der Ruhestörer stieg auf den Sockel und hielt eine Ansprache in französischer Sprache, die von seinen Begleitern mit Gelächter aufgenommen wurde. Dann sangen die Beteiligten das Deutschlandlied und „Ich hatt' einen Kameraden“ in deutscher Sprache. Auf dem Marktplatz erfolgten weitere Ausschreitungen, nachdem sie auf dem Wege dorthin an verschiedenen Häusern geklingelt und an einem Geschäftshause das Firmenschild heruntergerissen hatten. Dann rissen sie an dem Christbaum für Alle die elektrischen Kerzen herunter.

Welche Sühne will die Besatzungsbehörde diesen groben Ausschreitungen folgen lassen, die um so schwerwiegender sind, als es sich um französische Offiziere, und zwar nicht um einige wenige, sondern um über zwanzig an der Zahl handelt? Wie die zahlreichen Mißhandlungen Deutscher durch Besatzungsangehörige, die in der letzten Zeit vorgekommen sind, geahndet wurden, ist bis heute von den amtlichen Stellen noch nicht mitgeteilt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Annestrierung im Fall Kolomat? Wie wir erfahren, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Fall Kolomat, der schon zweimal die Bremer Gerichte beschäftigt hat, jetzt durch die Annestrierung der Angeklagten seine endgültige Erledigung finden wird. Bekanntlich haben die letzten Wahlen in Bremen einen starken Linksrud innerhalb der Vertretung der Bürgerschaft ergeben, und es soll, wie wir hören, dem Senat der Antrag vorgelegt werden, Frau Kolomat zu annestrieren. Inzwischen ist es den Polizeibehörden gelungen, den in Deutschland lebenden Vater des Hauptzeugen Fürchtenichts zu ermitteln und durch diesen die Adresse seines Sohnes in New York zu erfahren. Das Bremer Landgericht hat das Auswärtige Amt insofern gebeten, F. durch die zuständigen Justizbehörden